

Stadt Heidelberg

AntragNr.:

0 0 5 3 / 2 0 2 2 / A N

Antragsteller: DIE LINKE

Antragsdatum: 22.04.2022

Federführung:

Dezernat II, Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Beteiligung:

Betreff:

Maßnahmen gegen Mietwucher

Antrag

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	05.05.2022	Ö		
Stadtentwicklungs- und Bauausschuss	28.06.2022	Ö		
Gemeinderat	20.07.2022	Ö		

Antrag Nr.:

0 0 5 3 / 2 0 2 2 / A N

00336441.doc

...

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Antrag Nr.: 0053/2022/AN

Briefkopf des Antragstellers:

Fraktion DIE LINKE

Sahra Mirow (Fraktionsvorsitzende)

Bernd Zieger

Zara Kiziltas

Mail: gemeinderat@dielinke-hd.de

Tel: 06221-3629562



An

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Eckart Würzner

Stadt Heidelberg
Rathaus | 69117 Heidelberg
Mail: 01-Sitzungsdienste@heidelberg.de

Heidelberg, 22.04.2022

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates stellen wir gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg den Antrag, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

Maßnahmen gegen Mietwucher

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Bekämpfung von Mietwucher vorzulegen, dass sich am „Freiburger Modell“ orientiert: Erhält die Stadtverwaltung Kenntnis oder Anhaltspunkte darüber, dass der objektive Tatbestand der Mietpreisüberhöhung oder des Mietwuchers erfüllt ist, kann sie Anzeige erstatten.

1. Bericht der Verwaltung
2. Diskussion/ Aussprache
3. Ggf. Anträge

Begründung:

Der Heidelberger Wohnungsmarkt ist extrem angespannt und es bedarf eines intelligenten Mix von Maßnahmen, dem entgegenzutreten. Die Situation in Freiburg ist mit der in Heidelberg vergleichbar. Dort hat der Gemeinderat in einem Gesamtkonzept „Bezahlbar Wohnen 2030“ u.a. beschlossen, gegen Mietwucher vorzugehen und ebenso Maßnahmen gegen Leerstand und illegale Ferienwohnungen auszuführen.

Letzteres hat die Stadt Heidelberg bereits getan. Der Kampf gegen Mietwucher ist ein weiterer Mosaikstein im Kampf für bezahlbares Wohnen. Die jährlichen Projektkosten liegen bei lediglich 10.000 – 20.000 €, dazu kämen Personalressourcen.

Die Stadt Freiburg arbeitet zur praktischen Umsetzung mit der Firma „Mietenmonitor UG“ zusammen. Diese evaluiert mit Hilfe des jeweils gültigen Mietspiegels anhand öffentlich zugänglicher Daten auf den großen Immobilienportalen, in welchen Gebieten und in welcher Anzahl bei den eingestellten Neuvertragsmietpreisen der Verdacht auf Mietpreisüberhöhung oder Mietwucher besteht. Die Mietenmonitor UG stellt dann die Daten mit Verdacht auf Mietpreisüberhöhung oder Mietwucher in Freiburg monatlich der Stadtverwaltung zur Verfügung.

gezeichnet Fraktion DIE LINKE